

NACHRICHTEN

Ärzte besorgt über Sterbetourismus

Zürich – Die Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich (AGZ) zeigt sich besorgt über den zunehmenden Sterbetourismus. Das provokative Vorgehen von Dignitas sollte nicht zu einer erneuten Grundsatzdiskussion über die unbestrittene Zulässigkeit von Freitodbegleitungen führen, heisst es. Vielmehr sei der Gesetzgeber zu verpflichten, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der unwürdige Sterbetourismus aus dem Ausland in die Schweiz verhindert werden könne, so die AGZ. (ap)

Energiesparen bei Gebäuden fördern



Bern – Die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen soll keine reine Lenkungsabgabe bleiben. Die Energiekommission (Urek) des Nationalrates will einen Teil davon einsetzen, um bei den Gebäuden Energie zu sparen, wie der Luzerner CVP-Nationalrat und Subkommissionspräsident Ruedi Lustenberger (Bild) mitteilte. Nach dem Vorschlag soll vom Ertrag der ab 2008 erhobenen CO₂-Abgabe auf Heizöl ein Drittel zweckgebunden werden – bei einem Maximum von 200 Millionen Franken im Jahr. (sda)

Staat muss flexibel reagieren können

Zürich – Öffentliche Ausschreibungen, eine erweiterte Schuldenbremse und das Cassis-de-Dijon-Prinzip: Gemäss einer gestern publizierten Studie der Credit Suisse (CS) sind dies drei Wege, damit die Schweiz im europäischen Reformwettbewerb bestehen kann. Der Staat sollte seinen Aufgaben nachkommen, ohne Wettbewerb und Wirtschaftswachstum zu behindern. Als Anbieter solle der Staat vermehrt auf öffentliche Ausschreibungen setzen. Als Finanzierer müsse der Staat sicherstellen, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. (sda)

Schwache Schüler besser fördern

Bern – Damit schulisch und sozial benachteiligte Jugendliche den Einstieg ins Berufsleben leichter finden, sollen sie ein Einstiegsjahr zur zweijährigen Attestlehre absolvieren können. Dies fordert die Gewerkschaft Travail.Suisse. Blieben solche Jugendliche ohne Arbeit, steige das Risiko, dass sie später auf staatliche Leistungen angewiesen seien. Travail.Suisse will mit ihrem Vorschlag erreichen, dass schulisch oder sozial benachteiligte Jugendliche öfters eine zweijährige Attestlehre absolvieren und zwei Jahre nach Schulabschluss einen ersten Ausbildungsabschluss in der Tasche haben. (sda)

Gianantonio Paravicini

«Statistiker sind Datenschützer»

Statistiker Gianantonio Paravicini erklärt, weshalb die traditionelle Volkszählung ausgedient hat. Und er verrät, was die Behörden alles über ihre Bürger wissen.

INTERVIEW VON JÜRGEN AUF DER MAUR

Jede Information ist im Internet abrufbar. Wenn ich etwas will, google ich, oder ich suche in Wikipedia. Brauchen die Kantone noch statistische Ämter?

Gianantonio Paravicini*: Im Grundsatz stimmt das. Wir leben in einer Zeit, in der wir eher einem Überfluss von Informationen ausgesetzt sind. Nur haben die statistischen Ämter – nicht jeder Kanton verfügt über ein eigenes – eine andere Funktion.

Nämlich?

Paravicini: Es geht darum, dass wir unabhängig die Daten sammeln und aufbereiten, damit die Politik ihre Schlüsse ziehen kann. Vieles könnte ohne diese Statistik nicht oder nur schwer umgesetzt werden. Ich denke etwa an eine Revision des Steuergesetzes, bei der die statistischen Ämter dank ihrem Material die Grundlagen für Berechnungen bieten und damit aufzeigen können, welche Beschlüsse welche Folgen haben werden.

Ein grosses Problem wird für Sie dabei der Datenschutz sein.

Paravicini: Nein, ganz im Gegenteil. Der Datenschutz ist für die Statistiker kein Problem, sondern eine absolute Voraussetzung. Ich sage immer, dass die Statistiker aus ureigenem Interesse die ersten Datenschützer waren, längst bevor wir über ein Datenschutzgesetz verfügten.

Weshalb?

Paravicini: Wenn wir den Bürgern oder den Firmen nicht glaubhaft versichern und garantieren können, dass mit ihren Daten kein Unfug getrieben wird, dass wir ihre Angaben vertrauensvoll behandeln und nur für Statistiken verwenden, würden wir die Informationen gar nicht erhalten. Datenschutz ist unser Kapital, das Vertrauen schafft, ohne welches wir nicht arbeiten können. Wir sind deshalb froh, dass es nun ein Datenschutzgesetz und klare Richtlinien gibt.

Bereits steht die nächste Volkszählung vor der Tür. Als Bürger begreife ich nicht, wieso dazu nicht einfach auf die vorhandenen Daten zurückgegriffen wird.

Paravicini: Genau das hat ja bei der letzten Volkszählung auch zu öffentlichen Kontroversen geführt. Nur: Die Daten sind zwar vorhanden, doch sie sind meist nicht greifbar und nicht in vergleichbarer Form erhältlich. Zudem fehlten dem Bund auch Kompetenzen.

Das heisst?

Paravicini: Jetzt hat man aus alledem die Lehren gezogen. Die Volkszählung 2010 findet nicht mehr in Form einer Direktbefragung statt. Das Ziel ist, dass quasi auf Knopfdruck die Daten zentral



Gianantonio Paravicini: «Datenschutz ist unser Kapital.»

BILD MANUELA JANS

zusammengeführt und daraus Statistiken erstellt werden können. Dazu braucht es aber eine neue Rechtsgrundlage, die nun in Form des Registerharmonisierungsgesetzes in Kraft ist.

2010 wird es also keine Befragung mehr von Haus zu Haus geben?

Paravicini: Genau. Eine Volksbefragung im traditionellen Sinne findet 2010 nicht mehr statt. In einem ersten Schritt werden nun die Personenregister bei Gemeinden und Bund so harmonisiert, dass Vergleiche möglich werden. Das bedeutet aber auch, dass im Gegensatz zu früheren Volkszählungen nur noch ein Teil der Informationen zur Verfügung stehen wird.

Was fehlt denn?

Paravicini: Wir ermitteln zwar flä-

chendeckend die Personenangaben, doch andere Fragen wie jene nach den Pendlerströmen, nach der Wahl der Verkehrsmittel oder der Art und Weise der Bildung einer Person werden wir nicht erfassen. Auf Bundesebene werden deshalb dazu ergänzende Stichproben durchgeführt.

Was heisst das für die Kantone?

Paravicini: Das bedeutet, dass solche Angaben nicht mehr flächendeckend vorhanden sind. Wenn die Kantone nicht selber aktiv werden, werden diese Informationen fehlen, die entsprechenden Grundlagen können für die Politik nicht erarbeitet werden.

Die Gemeinden wissen doch, was und wo ich arbeite, wie viel ich verdiene und ob ich den öV benutze oder nicht.

«Eine Volksbefragung im traditionellen Sinne findet 2010 nicht mehr statt.»

EXPRESS

- Heute bis Freitag finden in Luzern die Schweizer Statistiktage statt.
- OK-Chef Paravicini sagt, weshalb es Statistiker überhaupt noch braucht.

STATISTIKTAGE

Luzern arbeitet für die Zentralschweiz

Von Mittwoch bis Freitag finden die Schweizer Statistiktage in Luzern statt. Anwesend sind nicht nur Fachleute aus der öffentlichen Statistik von Bund, Kantonen und Städten, sondern auch Kollegen aus Lehre und Forschung sowie aus der Privatwirtschaft. Insgesamt haben sich 270 Personen angemeldet, davon rund 60 Referenten aus dem In- und Ausland.

Nur Luzern hat Statistikamt

Organisiert wird die Tagung vom Bundesamt für Statistik, der Konferenz der Regionalen statistischen Ämter und der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik. Präsident des Organisationskomitees ist Gianantonio Paravicini Bagliani, der Vorsteher der zentralen Statistikstelle des Kantons Luzern. Als einziger Kanton der Zentralschweiz verfügt Luzern über eine solche Behörde, die im Auftrag ihrer Nachbarn Aufgaben wahrnimmt. «Wir erfüllen in der Zentralschweiz verschiedene Aufgaben, etwa im Gesundheitsbereich oder bei der Sozialhilfestatistik, zentral», betont Paravicini. Die Idee, regionale statistische Kompetenzzentren zu bilden, sei nicht neu. Damit könnte zwar methodisches und fachliches Know-how gebündelt werden. Der Föderalismus stehe dieser Absicht aber oft im Wege. **adm**

HINWEIS

► www.lustat.ch ◀

Paravicini: Es stimmt, irgendwo sind alle diese Daten gespeichert. Doch das Problem ist, dass diese Register nicht standardisiert und deshalb auch nicht vergleichbar sind. Oft liegen die Daten auch nur in schriftlicher Form vor. Ich denke etwa an die Steuererklärung, bei der auf dem ersten Blatt viele solche Angaben gemacht werden müssen.

Weshalb harmonisiert man das nicht?

Paravicini: Die Personenregisterharmonisierung ist nur der erste Schritt. Bereits angedacht sind in den zuständigen Gremien auch die entsprechenden Harmonisierungen bei AHV- oder Steuerregistern. Das wird jedoch, weil die Aufgabe sehr komplex ist, noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

HINWEIS

► * Gianantonio Paravicini Bagliani ist Vorsteher des Amtes für Statistik des Kantons Luzern. ◀

ANZEIGE

Zahlen Sie einfach, was Sie wollen!

Unser Preise bestimmen Sie: Vier Wochen lang entscheiden Sie selbst, wie viel Sie für Ihre neue Fassung bezahlen möchten. Gilt beim Kauf einer kompletten Brille für alle mit einem roten Punkt markierten Fassungen.

Aktion Roter Punkt: Selbermachpreiswochen vom 24.11. bis 21.12.2007

Pro-optik
Klare Sicht zu tiefen Preisen.

Pro-optik. Klare Sicht zu tiefen Preisen. Auch in Ihrer Nähe: 6000 Luzern, Waldstätterstrasse 12, Telefon: 041/210 72 10.